

Niederschrift

Gremium	Sitzung - StBV/Z017(IV)/06			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss f. Stadtentw., Bauen und Verkehr	Donnerstag, 02.11.2006	Mensa Baudezernat, An der Steinkuhle 6	17:00Uhr	20:05Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Beschlussvorlagen**
- 3.1 Entwurf "Aktionsplan 2006 Luftreinhaltung für den Ballungsraum
Magdeburg"
Vorlage: DS0417/06
- 3.2 Haushaltsplan 2007 Haushaltssatzung 2007
Finanzplan bis 2009 Stellenplan 2007
Vorlage: DS0349/06
- 3.3 Schulentwicklungsplan 2007/2008
Vorlage: DS0392/06
- 4 Anträge**
- 4.1 Unterstützung der SG Stahl Magdeburg Nord (DIE
LINKSPARTEI/PDS)
Vorlage: A0112/06
- 4.1.1 Unterstützung der SG Stahl Magdeburg Nord
Vorlage: S0204/06
- 4.2 Linksabbieger auf der Lübecker Straße (SPD-Ratsfraktion)
Vorlage: A0158/06
- 4.2.1 Linksabbieger auf der Lübecker Straße
Vorlage: S0189/06
- 5 Mitteilungen und Anfragen**

Anwesend:

Vorsitzende/r

Stadtrat Reinhard Stern

Mitglieder des Gremiums

Stadtrat Olaf Czogalla

Stadtrat Jürgen Canehl

Stadtrat Bernd Krause
 Stadtrat Walter Meinecke
 Stadträtin Sabine Paqué
 Stadtrat Wolfgang Schmicker bis 19.45 Uhr
 Stadtrat Frank Schuster
 Stadtrat Wolfgang Wähnelt
Beratende Mitglieder
 Stadtrat Mirko Stage
Geschäftsführung
 Frau Hannelore Kirstein

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Stadtrat Stern eröffnete die Sitzung, begrüßte die Mitglieder der Ausschüsse und Vertreter der Verwaltung. Er stellte die Beschlussfähigkeit fest.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Stadtrat Stern schlug vor, die DS0417/06 *Entwurf „Aktionsplan 2006 Luftreinhaltung für den Ballungsraum Magdeburg“* als TOP 3.1 zu beraten und ließ über die Änderung der Tagesordnung abstimmen.

Abstimmung zur geänderten Tagesordnung: 9 - 0 - 0

3. Beschlussvorlagen

- 3.1. Entwurf "Aktionsplan 2006 Luftreinhaltung für den Ballungsraum Magdeburg"
 Vorlage: DS0417/06
-

Stadtrat Stern eröffnete die gemeinsame Sitzung des StBV mit dem Ausschuss für Umwelt und Energie und übernahm die Leitung der Sitzung.

Herr Platz (Bg I) führte zur Drucksache ein. Er erläuterte den aktuellen Stand der Überschreitungstage für 2006, legte die Ursachen und Quellen der Überschreitungen dar und zeigte die bereits kurzfristig realisierten Maßnahmen auf. Vom Gesetzgeber liegt ein klares Gebot zur Umsetzung dauerhafter Maßnahmen vor. Luftreinhaltepläne werden erforderlich. Er zeigte mögliche Problembereiche der Stadt auf und verwies auf die angekündigten neuen Regelungen der EU-Kommission. Dazu stellte er die Unterschiede zwischen Ministerrat und Europäischen Parlament gegenüber.

Stadtrat Wähnelt begrüßte, dass sich mit der Luftreinhaltung beschäftigt wird, zu der der Aktionsplan nicht viel beiträgt. Der Luftreinhalteplan muss auch Änderungen der Verkehrsarten bringen. Die Stellungnahme hält er für sehr dürftig und hätte dort bereits weitere, nach EU-Recht erforderlich werdende Maßnahmen beschrieben.

Herr Platz (Bg I): Als Stadt selbst sollten wir keine Totalsperrung fördern, da dies unverhältnismäßig wäre. Lösungen bringt ein sorgsam erstellter Luftreinhalteplan und dieser braucht Zeit.

Herr Marx (Bg VI): Wurde schon einmal daran gedacht, bestimmte Fahrzeugtypen aus der Stadt heraus zu halten bzw. LKW-Begrenzungen festzulegen?

Herr Warschun (Amt 31): Die Stadt München hat so etwas beschlossen. Dort liegt eine andere städtebauliche Situation vor.

Stadtrat Stern merkte an, dass nicht nur die Verursacherquellen der in der Tabelle aufgezeigten Faktoren berücksichtigt werden sollten. Berücksichtigung sollten auch neue Entwicklungen (Pelletsheizungen) finden.

Er ließ die Mitglieder des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr über die Drucksache abstimmen.

Abstimmung StBV zur Drucks.0417/06: 8 - 0 - 1

Stadtrat Dr. Schmidt forderte die Mitglieder des Ausschusses für Umwelt und Energie auf, ihr Votum zur Drucksache abzugeben.

Abstimmung UmE zur Drucks.0417/06: 4 - 0 - 0

17.30 Uhr Ende der gemeinsamen Sitzung.

3.2. Haushaltsplan 2007 Haushaltssatzung 2007
 Finanzplan bis 2009 Stellenplan 2007
 Vorlage: DS0349/06

Herr Hartung (FB 02) führte zur Drucksache ein. Er stellte die einstigen Ziele und Zeiträume zum Abbau der Defizite des Haushaltes der LH Magdeburg dar und erläuterte die Änderungen auf Grund der Kürzungen von Landesmitteln bzw. Gesetzgebung.

Stadtrat Stern bat die einzelnen Amtsleiter des Dezernates VI zu Ihren Haushaltsansätzen und dessen Probleme Stellung zu nehmen, da der StBV als Fachausschuss sich heute nur mit dem Haushalt des Baudezernates beraten wird.

Herr Dr. Scheidemann (FB 62): Mit dem jetzigen Personalbereich sind die Aufgaben händelbar. Durch die Fachbereichsbildung haben sich die Personalkosten teilweise positiv entwickelt. Im Fachbereich wurden sogenannte Springer eingeführt, so dass alle Aufgaben abgearbeitet werden können. Zur Durchführung der Planfeststellungen wurden Teams gebildet, welchem ein Jurist und ein Mitarbeiter mit geringerer Vergütung angehören.

Bei der Abrechnung der Straßenausbaubeiträge treten nur Verzögerungen durch noch nicht abgeschlossene kleinere Teilbaumaßnahmen auf.

Problematisch sind die EDV-Kosten. Momentan ist der Vermessungsbereich noch auf aktuellen technischen Stand. Dies wird zukünftig, aufgrund der Mittelkürzungen, nicht mehr der Fall sein.

Herr Dr. Peters bedauert die Kürzung der Planungskosten und die Erhöhung der KID-Kosten für Wartung.

Herr Schütt (Amt 63) informierte über die Gebühreneinnahmen durch Bauanträge und wie sich die neue Baugebührenordnung auswirken wird, bleibt abzuwarten. Die Bauherren haben bisher die Möglichkeit einer einfachen Prüfung nicht in Anspruch genommen. Bei der Gefahrenabwehr sind die Verwaltungsgebühren nicht kostendeckend und Ziel ist es, die Aufwendungen zu minimieren.

Herrn Jahnel (Amt 65) stehen für öffentliche Neubauinvestitionen 17 Mitarbeiter zur Verfügung. Zur fachlichen Qualitätssicherung und Fortbildung stehen ihm nicht genügend Mittel zur Verfügung. Problematisch sind die Kopierleistungen für die zentrale Vergabestelle, EDV-Kosten und die nicht geregelte Energieproblematik.

Herr Gebhardt (Amt 66) erläuterte die Problematik

- der Unterhaltungskosten und Zunahme von Baulasten neuer Straßen durch Bebauungspläne;
- Überschreitung Energiekontingent für Beleuchtung und LSA;
- Sanierungsbedarf von über 80-90 Jahre alten Bauwerken (hier wird bereits mit Ausnahmen bzw. Traglasteneinschränkungen die Nutzung aufrecht erhalten).

Stadtrat Wähnelt merkte an, dass der Energiebezug neu verhandelt werden und günstige Tarife zur Abnahme von Nachtstrom für Straßenbeleuchtung genutzt werden sollte. Es sollte unter den Stromanbietern ausgeschrieben werden.

Herr Gebhardt (Amt 66): $\frac{3}{4}$ der Leistungen laufen über Nachtstrom.

Herr Marx (Bg VI) sieht in der Reduzierung beim Amt 66 große Probleme. Die Kostensenkung von 10% ohne Gewichtung tut der Kostenstruktur des Amtes 66 nicht gut.

Bei den Erschließungskosten des FB 62 sieht er keine Probleme. Die Reduzierung der Planungskosten für das Amt 61 ist ebenfalls schmerzlich und muss durch Kompensation der Eigenleistungen ausgeglichen werden. Konzepte und Gutachten werden auf der Strecke bleiben. Allgemeine Planungskosten für Amt 65 sind gleich „+ - 0“.

Herr Zimmermann (FB 02). Die Planungskosten von Amt 65 sind in den Investkosten der Vorhaben enthalten.

Stadtrat Stern begrüßt die Entwicklung des Ausstattungsgrades von Siedlungsstraßen, bei denen eine Kostenminimierung aufgetreten ist.

Stadtrat Canehl: Für den Umzug der Volkshochschule und Lärmschutzwand Lübecker Straße sind keine Mittel eingestellt.

Herr Krüger (FB 40): Die Volkshochschulen musste aus dem PPP-Model rausgenommen werden.

Herr Gebhardt (Amt 66): Die Lärmschutzwand liegt in der Zuständigkeit des Amtes 31 und ist eine freiwillige Aufgabe.

Stadtrat Schmicker sprach sich gegen die Kürzung der Pos. 14 in der Investitionsprioritätenliste 2007 – 2010 *Arbeitsmarktpolitik / AFM-Projekte* aus und wollte einen entsprechenden Änderungsantrag stellen.

Herr Zimmermann (FB 02) bat darum, dies vorher mit der Sozialbeigeordneten abzustimmen.

Stadtrat Schmicker nahm den Vorschlag an und stellte keinen Änderungsantrag.

Stadtrat Stern brachte sein Unverständnis zur Kürzung der Mittel für Hochwasserschutzmaßnahmen zum Ausdruck und stellte den Antrag:

Für die in der Investitionsprioritätenliste 2007 – 2010 laufende Nr. 41 vorgesehenen Hochwasserschutzmaßnahmen werden 1,2 Mio. € eingestellt.

Abstimmung zum Antrag: 4 - 0 - 5

Abstimmung zur Drucks.0349/06 unter Beachtung des Antrages: 5 - 1 - 2

(Stadtrat Canehl abwesend)

3.3. Schulentwicklungsplan 2007/2008
Vorlage: DS0392/06

Herr Krüger (FB 40) brachte die Drucksache ein. Er erläuterte die Umsetzung der Beschlüsse des Kultusministeriums und informierte über Ausnahmegenehmigungen bestimmter Schulen.

Stadtrat Czogalla stellte seine auf Eigeninitiative erarbeitete Internetpräsentation „*Schulinformationssystem*“ vor. Damit können alle Schulen, deren Standorte, baulichen Zustände (Fotos), Belegungen und Schulleiter abgerufen werden. Dies kann als Entscheidungshilfe unter der Adresse http://www.movi.de/mapservers/md_schule.maps genutzt werden.

Stadtrat Stern kritisierte, dass kein Vertreter des FB 03 anwesend ist. Als Fachausschuss sollten die baulichen Belange in die Diskussion zu den Schulen einfließen. Aussagen zu den Zuständen und Nachnutzungen der Schulen sollten vorliegen.

Er schlug vor, jede Schule einzeln durchzugehen und abzustimmen.

A) Sekundarschule „G.W.Leibnitz“

Stadtrat Wähnelt sprach sich gegen die Schließung der Schule aus. Die Schule wurde saniert und nun werden die Kinder rausgeworfen. In der Innenstadt eine Schule mit guter Anbindung an den ÖPNV zu schließen, ist nicht gut.

Stadtrat Stern vermisst eine Aussage zur gedachten Nachnutzung. Das Objekt wurde aufwendig saniert und der Schulbetrieb mit vielen Migrantenschülern läuft gut. In der Aufteilung der Schüler auf andere Schulen werden Probleme gesehen.

Herr Krüger (FB 40): Die Entscheidungsgründe bzgl. Entfernung für die Schüler bleibt gleich. Es haben sich bisher nur von der Schließung bedrohte Schulen geäußert. Alle Schulen haben gemischte Schüler.

Stadträtin Paqué merkte an, dass eine unbeträchtliche Zahl von Schulen bereits öfter umgezogen sind.

Stadtrat Czogalla: 11 Sekundarschulen braucht die Stadt Magdeburg. Die Schülerzahl der Einzugsgebiete sollte beachtet und einem Schulbezirk zugeordnet werden.

Herr Krüger (FB 40): Die Grundschulen bilden die Basis.

Stadtrat Krause meldete für seine Fraktion noch Diskussionsbedarf innerhalb der Fraktion an und fragte an, ob die Drucksache nicht vertagt werden kann.

Stadtrat Meinecke ergänzte, dass Bürgermeinungen noch aufgearbeitet werden müssten und auch die Themen des StBV zu baulichen Belangen heute nicht diskutiert werden können.

Stadtrat Wähnelt: Der Bildungsausschuss hat noch nicht beraten und grundsätzliche Fragen wären noch zu klären.

Stadtrat Schuster fehlt die Übersichtlichkeit zu Einzugsbereichen und Schulstandorten. Ein entsprechender Plan zur Drucksache wäre hilfreich. Der FB 03 wird für Aussagen zum Zustand und Sanierung der Schulen gebraucht. Als Vorgespräch für den Stadtrat sollten der StBV und Bildungsausschuss gemeinsame beraten.

Stadtrat Stern stellte den Geschäftsordnungsantrag:

Abbruch der Debatte und Vertagung der Drucksache.

Abstimmung zum Antrag: 7 - 1 - 1

4. Anträge

- 4.1. Unterstützung der SG Stahl Magdeburg Nord (DIE LINKSPARTEI/PDS)
Vorlage: A0112/06

Stadtrat Meinecke, als Vertreter der einbringenden Fraktion, sieht mit der Stellungnahme der Verwaltung den Antrag als erledigt an.

- 4.1.1. Unterstützung der SG Stahl Magdeburg Nord
Vorlage: S0204/06

Der Ausschuss nahm die Stellungnahme zur Kenntnis.

19.45 Uhr Stadtrat Schmicker verlässt die Sitzung.

- 4.2. Linksabbieger auf der Lübecker Straße (SPD-Ratsfraktion)
Vorlage: A0158/06

Der Einbringer sieht mit der Stellungnahme den Antrag als erfüllt an.

- 4.2.1. Linksabbieger auf der Lübecker Straße
Vorlage: S0189/06

Der Ausschuss nahm die Stellungnahme zur Kenntnis.

5. Mitteilungen und Anfragen

Anfragen Stadtrat Czogalla

1. Ein Bürger aus dem Wohngebiet „Auf den Höhen“, beschwerte sich bei ihm darüber, dass unter der Freileitung Holzhütten errichtet werden. Ist dies mit dem Bebauungsplan vereinbar und zulässig?

Der rechtsverbindliche Bebauungsplan Nr. 353-1 "Wanzleber Chaussee / Königstraße" (Birngarten), 1. Änderung enthält als nachrichtliche Übernahme eine 110 kV Leitung mit einem Schutzstreifen von 46 m (23 m nach jeder Seite). Außerdem wurden die vom Versorgungsunternehmen vorgegebenen Beschränkungen als textliche Festsetzung übernommen. Danach sind in dem als nicht überbaubare Grundstücksfläche festgesetzten Sicherheitsbereich nur bauliche Anlagen bis zu einer Höhe von 3 m mit einer nicht brennbaren Bedachung und einem waagerechten Mindestabstand von 10 m bezogen auf die Außenkante des Mastes zulässig. Zulässig sind weiterhin Stellplätze, Zufahrten und eine Bepflanzung die nicht höher als 3 m wird. Da der Bebauungsplan keine gesonderten Festsetzungen zu Nebenanlagen trifft sind also Garagen, Garten- und Gerätehäuser oder ähnliche Nebenanlagen die die genannten Vorgaben einhalten genehmigungsfähig.

2. Wird der Fußweg am Petriförder zwischen der Gaststätte „Möwe“ und der Elbe nicht mehr durchgängig geführt?

Herr Gebhardt (Amt 66): Dort wird für die Gaststätte eine Terrasse gebaut. Die Fläche gehört der MVB. Radfahrer können zukünftig dort nicht mehr ebenerdig fahren. Fußläufig bleibt

alles durchgängig.

3. Nachfrage Stadtrat Schuster zum Verkauf der Fläche am Rathaus

Aufgrund der Nutzung als Parkplatz sieht der FB 23 vom Verkauf ab.

Herr Schütt (Amt 63): Für die Errichtung des Parkplatzes ist vom Bauordnungsamt befristet für fünf Jahre eine Teilbaugenehmigung erteilt worden. Das Bauvorhaben entspricht den Festsetzungen des rechtsverbindlichen Bebauungsplans. Antragstellerin war die KGM. Die Befristung der Genehmigung beruht auf ein Entgegenkommen der KGM, die den Antrag auf Erteilung einer befristeten Baugenehmigung gestellt hatte.

Die Baugenehmigung stellt lediglich fest, dass die betreffende Nutzung der betreffenden Grundstücke den einschlägigen öffentlich-rechtlichen Vorschriften entspricht. Die Stadt kann das Grundstück unabhängig von der erteilten Genehmigung selbstverständlich jederzeit einer anderen Nutzung zuführen und das Grundstück an einen Investor zwecks Bebauung verkaufen.

In der Diskussion der Ausschussmitglieder kam eindeutig zum Ausdruck, dass dies kein Dauerzustand sein kann. Diese Fläche ist städtebaulich zu entwickeln. Wenn es Interessenten mit guten architektonischen und für ein Stadtzentrum relevante Lösungen gibt, sollten diese dem StBV vorgestellt werden.

4. Mitteilung der Verwaltung

Die Mitglieder des Ausschusses sind recht herzlich zum Pressetermin am Freitag, 10.11.2006 um 12.00 Uhr im Fürstenwallpark eingeladen. Dort wird das bei Bauarbeiten gefundene Festungsbauwerk (von ca. 1550) besichtigt.

20.05 Uhr Ende der Sitzung.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung am 14.12.2006.



Vorsitzender



Schriftführerin